

## LIEBER OTTO,

*Lieber Otto, danke für deine Hand, die du so vielen von uns hilfreich entgegengestreckt hast. Ein herzliches „Vergelt´s Gott“.*

Otto Pendl († 10. November 2021) begann sein gewerkschaftliches Engagement als Personalvertreter in der Justizwache und prägte die Gewerkschaftsbewegung als langjähriger Vorsitzenden-Stellvertreter in der GÖD mit.

Der Justizwachebeamte war, neben unzähligen ehrenamtlichen Funktionen, auch Bürgermeister der Marktgemeinde Trumau, Bezirksparteivorsitzender der SPÖ Baden und Abgeordneter zum Nationalrat.

Der Träger des Großen Goldenen Ehrenzeichen für die Verdienste um die Republik Österreich war stets eng mit dem Bundesheer verbunden. Als Präsident der Bundesheerkommission hatte er immer ein offenes Ohr für unsere Anliegen.

***Ruhe in Frieden – Kamerad!***



## Chefredakteur AM WORT.

### Liebe Leserinnen und Leser!

Diese Rubrik trägt den Namen „Chefredakteur am Wort“. Nun sitze ich vor meinem Rechner und eine leere Seite strahlt mich an. Ich denke an den langjährigen Wehrsprecher der SPÖ, Präsident der Bundesheerkommission, Abgeordneter zum Nationalrat Otto Pendl. Das Schreiben fällt mir schwer. Die Zeit vergeht und ich stelle mir die Frage: Was, wenn schweigen besser ist als reden!

Werte Kamerad:innen und Kolleg:innen, mit Otto Pendl ist ein Kamerad von uns gegangen, der Unvergleichliches für das Bundesheer geleistet hat. Als junger UO nahm er mich schützend an seine Seite. Vieles von dem, was wir für selbstverständlich erachten, gäbe es ohne sein Zutun nicht (mehr). Ich komme aus der Garnison Freistadt, die es ohne ihn nicht mehr gäbe! DANKE für alles was Du für uns getan hast – **DANKE lieber Otto! - Danke lieber Freund!**

Gemeinsam mit UGÖD und FCG haben wir beim 15. Bundestag der GÖD einen Leitantrag zur Stärkung des Exekutivdienstes, des Bundesheeres und der Justiz beschlossen. Nun liegt unser 4-Punkte-Plan zur Umsetzung am Tisch. Gemeinsam fordern wir spürbare Verbesserungen bei der Besoldung. **Dienstrechtsreform Seite 04**

Geht es nach FBM Tanner, werden alle Kasernen bis 2025 um rund 90 Millionen Euro autark gemacht. Wir haben mit Erich Kogler einen Experten aus dem MIMZ getroffen, um die Frage zu klären, ob diese Ankündigung ernsthaft umsetzbar ist oder doch nur eine Überschrift bleibt. Spannende Antworten zum **Thema Kasernen-Autarkie ab Seite 12.**

Seit 2019 gönnt uns Covid keine Atempause. Einsatzbereit und -bewährt ist das Militär an vielen Fronten tätig. Viele Kamerad:innen und Kolleg:innen sind selbst im AssE oder müssen Vertreterdienste übernehmen. Die FSG fordert – gemeinsam – mit den anderen Fraktionen eine entsprechende Anerkennung der erbrachten Leistungen.

### Herzlichen Dank für euren Einsatz!

Ihr  
Reinhard Atteneder, Vzlt  
Redaktionsleiter



**Wir kümmern uns um Deine.**

FSG Bundesheergewerkschaft GÖD  
Rossauer Lände 1, 1090 Wien  
Telefon: +43 050201 1026531 bzw. 0664 622 12 51  
email: za2@bmlvs.gv.at



#### IMPRESSUM

Herausgeber und Medieninhaber: GÖD Bundesheergewerkschaft, Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen, BMLVS, Roßauer Lände 1, 1090 Wien - Bildquellen: wenn nicht angegeben FSG GÖD - Satz und Layout: Mag. Daniel Blazej, M.A. - www.blickfunk.at



**HARALD SCHIFFERL**  
FSG Vorsitzender

## Sicherheitspolitik

# KRIENSICHERHEITSGESETZ – MEHR ALS NUR EINE DISKUSSION UM EINEN BUNKER

Nicht zufällig hat die Bundesregierung am 26. Oktober 2021 im Ministerrat ein Krisensicherheitsgesetz beschlossen. Durch dieses Gesetz soll das Krisenmanagement von Österreich auf eine neue, gesetzliche Basis gestellt werden. Ein Blick auf die Homepage des Innenministeriums zeigt: „Kernstück des Krisensicherheitsgesetzes stellt die Errichtung einer neuen Zentrale für das Krisenmanagement der Republik dar. Dieses topmoderne, ressortübergreifende Bundeslagezentrum soll im vierten Untergeschoss des Innenministeriums errichtet werden.“

Derzeit muss dieses Krisensicherheitsgesetz im Parlament behandelt und begutachtet werden. Wie das Gesetz dann im Detail aussieht und welche Auswirkungen es für das BMLV und das ÖBH haben wird, werden wir nach der Beschlussfassung sehen.

Es ist dennoch bemerkenswert, dass für den Innenminister der Bau eines angeblich 27 Mio. Euro teuren Bunkers im Keller des Innenministeriums sowie die Errichtung eines dazugehörigen modernen Medienzentrums zur transparenten Kommunikation mit der Öffentlichkeit im BMI besonders wichtig erscheint.

Dass die Regierung nach beinahe zwei Jahren Pandemie erkannt hat, dass in der staatlichen Krisenbewältigung und Krisenkoordination Handlungsbedarf bestehen, ist positiv zu beurteilen. Warum dafür viel Geld für einen neuen Bunker ausgegeben werden soll und nicht auf die bereits vorhandene Infrastruktur des Heeres zurückgegriffen wird, ist zu hinterfragen.

Bereits Anfang 2021 hat Robert Laimer, Wehrsprecher der SPÖ, aufgezeigt, dass die österreichische

Sicherheitsarchitektur nicht mehr zeitgemäß ist. Gemeinsam mit Reinhold Einwallner, Sicherheitssprecher der SPÖ, hat Laimer damals neue Lösungsansätze für eine „moderne rot-weiß-rote Sicherheitsarchitektur zum Schutz unserer Republik“ gefordert.

Blickt man in den Entwurf des Gesetzes hinein, so soll ein modernes, ressortübergreifendes Lagezentrum aufgebaut werden, das auch laufend Lagebilder erstellt. Nicht nur aus Sicht von Harald Schifferl, Vorsitzender FSG im Bundesheer, wäre dieses „gesamtstaatliche“ Lagezentrum beim Kanzleramt (Bundeskanzler oder Vizekanzler) zu organisieren und nicht beim Innenministerium. Denn immerhin handelt es sich ein gesamtstaatliches Lagezentrum mit einer Koordinierungs- und Steuerungsfunktion über alle Ressorts (und wahrscheinlich auch Bundesländer) hinweg.

Weiters sollen sogenannte Krisenlager (unter der Führung des Bundesheeres) eingerichtet und dem Bundesheer künftig im Krisenfall Maßnahmen zur Krisenvorsorge und -bewältigung übertragen werden. Was dies genau bedeutet und ob das Österreichische Bundesheer dann auch finanziell und personell gestärkt wird, bleibt abzuwarten. Genau beobachten werden wir von der FSG im Bundesheer auch, ob und wie wir zu „autarken“ und „resilienten“ Kasernen kommen.

Da die Oppositionsparteien erklärt haben, dass sie zu diesem Thema und Gesetz diskussionsbereit sind, lässt sich auf eine positive und über die Parteigrenzen hinweg gehende Bearbeitung im Parlament hoffen.

**Vielleicht kommt am Ende als Ergebnis sogar „Zusammenhalt und Gemeinsamkeit“  
und eine Stärkung des Bundesheeres heraus - statt sich einsam einzubunkern.**

## Dienstrechtsreform

# FORDERN SPÜRBBARE VERBESSERUNG – UNSERE 4-PUNKTE-LÖSUNG LIEGT AM TISCH!

In der letzten Fraktionszeitung der göd.fcg berichtet der Vorsitzende der GÖD-Bundesheergewerkschaft, Walter HIRSCH, unter dem Titel „GEMEINSAM LÖSUNGEN SCHAFFEN!“ sehr detailliert über die Beschlüsse des 15. Bundestages der GÖD-Bundesheergewerkschaft.

Bevor auch wir in diesem Beitrag inhaltlich auf die, für die SoldatInnen und zivilen Bediensteten der Landesverteidigung wichtigen und schon lange geforderten Verbesserungen eingehen, sei darauf hingewiesen, dass sich die GÖD-Bundesheergewerkschaft aus den 3 Fraktionen FCG, FSG und UGÖD zusammensetzt. Diese 3 Fraktionen sind auch in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), die eine Teilgewerkschaft des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) ist, vertreten.

Am 16. November 2021 fand der 18. GÖD-Bundeskongress statt. Dieses höchste Gremium der GÖD tritt alle 5 Jahre zusammen, um das Präsidium neu zu wählen und um ein Arbeitsprogramm für die kommenden Jahre zu beschließen. Im beschlossenen Leitantrag wurde im Kapitel „Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit“ folgende Position festgehalten:

*Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit sind nicht nur den hier lebenden Menschen ein großes Anliegen, sie sind auch ein Fundament für Demokratie, Freiheit und wirtschaftliche Entwicklung.*



**„Es ist höchst an der Zeit, dass erfolgreich abgeschlossene Ausbildungen und erworbenes Wissen beim Bundesheer und in der Landesverteidigung adäquat entlohnt werden.“**

**VIKTOR MAGDITS, FSG**  
Vorstandsmitglied der GÖD und  
Mitglied im ZA/BMLV.

*Österreich kann stolz auf die Leistungen in diesen Bereichen sein, die durch den hohen persönlichen Einsatz der KollegInnen im Exekutivdienst, beim Bundesheer und in der Justiz gewährleistet werden. Die Politik hat nicht nur die dafür notwendigen Personal- und Sachressourcen zur Verfügung zu stellen, sondern auch das Vertrauen in die Institutionen zu stärken. (Auszug aus dem Leitantrag zum 18. GÖD-Bundeskongress)*



**„Es braucht spürbare Verbesserungen für die Bediensteten der Landesverteidigung! Wir fordern von Bundesministerin TANNER eine Personaloffensive auf allen Ebenen sowie die Umsetzung der bereits seit langen geforderten Verbesserungen bei der Besoldung und bei den Arbeitsplatzwertigkeiten.“**

**HARALD SCHIFFERL, FSG**  
Vorsitzende der FSG

**Nach Doskozil war es politischen Verantwortlichen nicht wichtig, den so wichtigen zweiten Schritt (Aufwertung UO) umzusetzen**

Im Sinne dieses Leitantrages sind auch die Forderungen und Beschlüsse des 15. Bundestages der GÖD-Bundesheerergewerkschaft zu verstehen. Wir fordern für unsere Bediensteten:

### 1. Zweiter Schritt der UO-Besoldung:

Mit der Dienstrechts-Novelle 2016 erfolgte die Zusammenlegung der Verwendungsgruppen UO1 und UO2. In der Zeit von Bundesminister DOSKOZIL gelang dadurch die spürbare Erhöhung der Einstiegsgehälter für Unteroffiziere. Bereits seit damals ist klar, dass ein zweiter Schritt erforderlich ist, um die positiv absolvierte Ausbildung zum Stabsunteroffizier finanziell zu honorieren und abzubilden. Leider war es nach DOSKOZIL keinem politisch Verantwortlichen mehr wichtig, finanzielle Verbesserungen für Unteroffiziere zu erwirken. Wie vom Vorsitzenden der GÖD-Bundesheerergewerkschaft beschrieben, wurde in Anlehnung an die Exekutive

(E-Schema) ein Modell beschlossen, das eine Teilung der Gehaltsstaffel für UO vorsieht. Und zwar den Ansatz MB(Z) UOb für den Einstieg und den Ansatz MB(Z)UOa für UO mit positiv absolvierter Ausbildung zum Stabsunteroffizier. Ziel dabei ist die Erhöhung der Gehaltsansätze (in den Gehaltsstufen 1 bis 19) um 100.-- Euro im neu zu schaffenden Ansatz MB(Z)UOa.

2. **Verbesserung der Besoldung der Offiziere** durch finanzielle Abgeltung der Bacc-Ausbildung sowie die Anerkennung von älteren zum FH-Masterstudiengang „Militärische Führung“ gleichwertigen Aus-, Fort- und Weiterbildungen für die Ernennung zum MBO1.

3. **Einrechnung von Truppendienstzulage und Pauschalvergütung** für verlängerten **Dienstplan in die Gehaltsstaffeln** für den Militärischen Dienst.

4. Schaffung einer **Vergütung** (Gehaltsgesetz) für **nicht übergeleitete Nebengebühren**.

Diese 4 Punkte warten schon seit vielen Jahren auf eine Lösung. In den letzten Jahren wurde von uns immer wieder aufgezeigt, dass es dringend Lösungen für die betroffenen Bediensteten braucht. Für diese 4 Forderungen hat die GÖD-Bundesheerergewerkschaft nun ganz aktuelle Lösungsvorschläge ausgearbeitet und am 15. Bundestag beschlossen. Wir sehen es ebenso wie der Vorsitzende der GÖD-Bundesheerergewerkschaft – Ansprechpartner für die Verbesserungen für die Bediensteten der Landesverteidigung ist die zuständige Ministerin.

Die FSG steht bereit: Reden wir miteinander – arbeiten wir miteinander. Schaffen wir gemeinsam die längst fälligen Verbesserungen für unsere SoldatInnen und zivilen Bediensteten. Bleiben wir gemeinsam im Einsatz für Österreich!



Der ÖBV  
Unfallschutz

## Der ÖBV Unfallschutz für Bedienstete des BMLV

Finanzielle Absicherung für Unfälle in Beruf & Freizeit

- > **Keine Zuschläge** für Ihre Berufsrisiken
- > Flexible Lösungen für jede Lebensphase
- > **Beruf Plus:** bis zu 1,5-fache Leistung für Ihre Berufsgruppe

Wir sind für Sie da: 059 808 | [service@oebv.com](mailto:service@oebv.com) | [www.oebv.com](http://www.oebv.com)

Weitere Produktinformationen finden Sie in den Basisinformationsblättern unter [www.oebv.com/bib](http://www.oebv.com/bib).

Zum Glück gibt's die ÖBV.

## Verteidigungsbudget

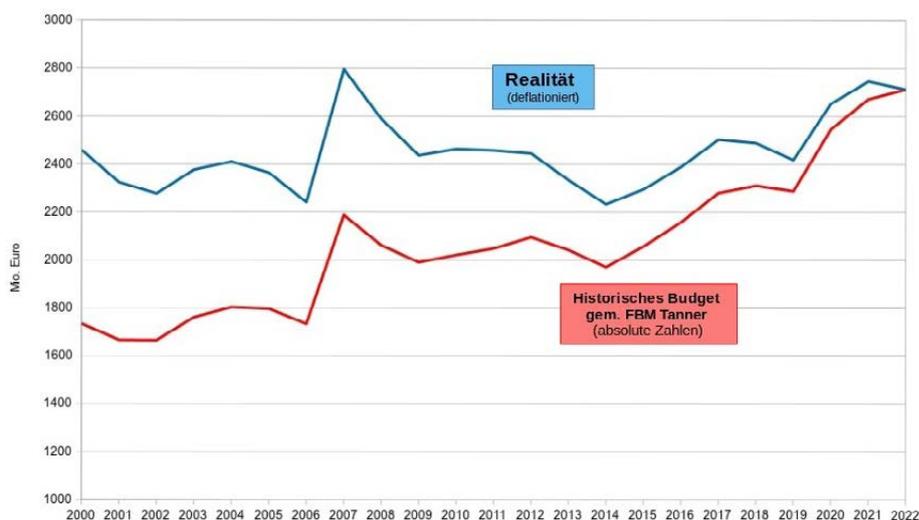
# DAS BUDGET DES BUNDESHEERES – ZWISCHEN JUBELMELDUNG UND REALITÄT

In ihrer Budgetrede im Nationalrat am 18. November hat Frau Bundesministerin Tanner das Budget des Bundesheeres für 2022 in höchsten Tönen bejubelt. Vom höchsten Budget der Geschichte war die Rede. Die Investitionen werden kräftig angehoben. Der Investitionsstau hat ein Ende, die Bundesregierung räumt dem Bundesheer nunmehr den entsprechenden budgetären Stellenwert ein und das Bundesheer könne positiv in die Zukunft blicken.

Das klingt alles sehr vielversprechend. Vermittelt es doch den Eindruck, dass es nach den mageren Zeiten der letzten zwei Jahrzehnte endlich wieder bergauf geht. Nach den bisherigen Erfahrungen mit Jubelmeldungen ist allerdings durchaus ein gesundes Maß an Skepsis angebracht. Wir wollen daher anhand von vier Fragestellungen die Aussagen der Frau Bundesminister auf den Prüfstand stellen, um zu sehen, was wirklich daran ist.

### 1. Haben wir das höchste Budget in der Geschichte?

Wenn man sich die Budgetzahlen der letzten 20 Jahre ansieht, dann kann man durchaus den Eindruck gewinnen, das Bundesheer habe 2022 das größte Budget seiner Geschichte. In absoluten Zahlen stimmt es auch. Das hat nur einen Haken. Diese Sichtweise ist leider irreführend. Denn es kommt nicht darauf an, wie hoch der absolute Zahlen-Wert des Budgets ist. Es kommt vor allem darauf an, was man sich davon leisten kann. Aufgrund der Inflation verliert das Geld jedes Jahr an Wert. Eine Semmel z.B. kostete im Jahr 2000 durchschnittlich rund 0,20 Euro. Im Jahr 2020 lag der Preis jedoch aufgrund der Inflation bereits bei rund 0,42 Euro.



> Budget in absoluten Zahlen (rote Linie) zeigt zwar einen Anstieg des Budgets. Im Vergleich mit der realen Kaufkraft (blaue Linie) ist die Behauptung der FBM Tanner vom größten Heeresbudget irreführend.

Wenn wir also mehr Budget in absoluten Zahlen bekommen, heißt das leider noch lange nicht, dass wir uns als Bundesheer deswegen mehr leisten können. Die Grafik zeigt, dass vom höchsten Budget der Geschichte leider nicht die Rede sein kann.

### 2. Steigt das Budget des Bundesheeres und ist das eine gute Nachricht?

Die gute Nachricht ist. Das Budget des BMLV steigt von 2021 auf 2022 um rund 40 Mio. auf 2,71 Mrd. Euro an. Die schlechte Nachricht. Das ist kein Grund zum Jubeln, denn das Geld kommt nicht beim Bundesheer an.

25 Mio. Euro davon sind für das Programm „European Peace Facility“ vorgesehen. Das ist der österreichische Betrag zur Finanzierung von EU-Missionen, der bislang durch das Außenministerium bezahlt wurde. Und 20 Mio. bekommt das Bundesheer für die COVID-Beschaffungen für das Jahr 2022. Damit ist also klar, dass das Bundesheer

und unsere Soldatinnen und Soldaten von den scheinbaren Budgetsteigerungen um 40 Mio. nichts haben werden. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall.

### 3. Räumt die Bundesregierung dem Bundesheer den notwendigen Stellenwert ein?

Das Budget ist die in Zahlen gegossene Regierungspolitik eines Landes. Mit der Verteilung des Geldes wird entschieden, welche politischen Bereiche einer Regierung wichtig sind und daher mehr Budget bekommen als andere. Messbar ist die Verteilung am Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Das Verteidigungsbudget Österreichs liegt bereits jetzt mit rund 0,66 % weit unter dem Durchschnitt in Europa. Gemäß den Prognosen im Budgetbericht der Bundesregierung an das Parlament sinkt der Anteil des Budgets des Bundesheeres am BIP bis 2025 auf rund 0,55 %.

**Wenn die Budgetentwicklung den Stellenwert des Bundesheeres widerspiegelt, dann ist er offensichtlich nicht sonderlich hoch.**

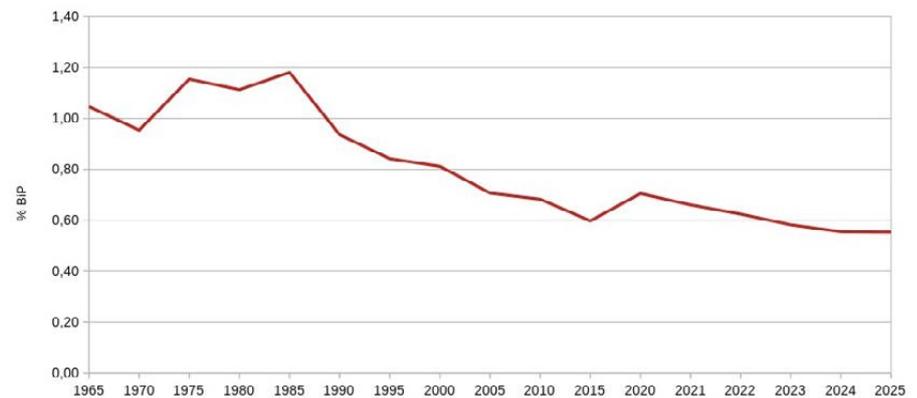
**4. Hat der jahrelange Rückstau ein Ende und können wir positiv in die Zukunft blicken?**

Einen Investitionsrückstau kann man nur beseitigen, wenn man genug Budget zum Investieren hat. Der Bericht ÖBH 2030 ging davon aus, dass das Budget bis Ende 2022 auf rund 3,3 Mrd. anwachsen müsste. Davon sind wir mit 2,7 Mrd. sehr weit entfernt.

Schwerwiegender ist jedoch, dass bereits 2022 der Investitionsanteil am Budget von rund 470 Mio. auf nur mehr 428 Mio. sinkt und in den kommenden Jahren das Budget gemäß Bundesfinanzrahmengesetz weiter sinken wird. Dabei ist die Inflation noch gar nicht berücksichtigt.

Diese Budgetentwicklung und die steigenden Personalkosten führen dazu, dass dringende Vorhaben wie das Upgrade der Leopard 2 und der Ulan-Flotte, der Ersatz der Saab 105, der Herkules und viele andere Beschaffungen entweder gar nicht oder hoffnungslos unterfinanziert sind.

Nicht unerwähnt sollte in dem Zusammenhang bleiben, dass die großen laufenden Beschaffungsvorhaben, wie das Upgrade der Black-Hawk, die Beschaffung der Leonardo-Hubschrauber oder der Pandur Evo bereits 2014 durch BM Klug mit BM Schelling vereinbart gewesen waren und durch BM Droschitz bzw. BM Kunasek eingeleitet wurden. Das aktuelle Budget und der Budgetrahmen bis 2025 decken die zukünftigen dringenden Beschaffungsvorhaben von Großsystemen nicht ab und damit kann



> **Abbildung: Anteil des Verteidigungsbudgets am BIP in %. Tatsächlich konnten wir uns 2007 und auch 2021 mit unserem Budget mehr leisten als 2022**

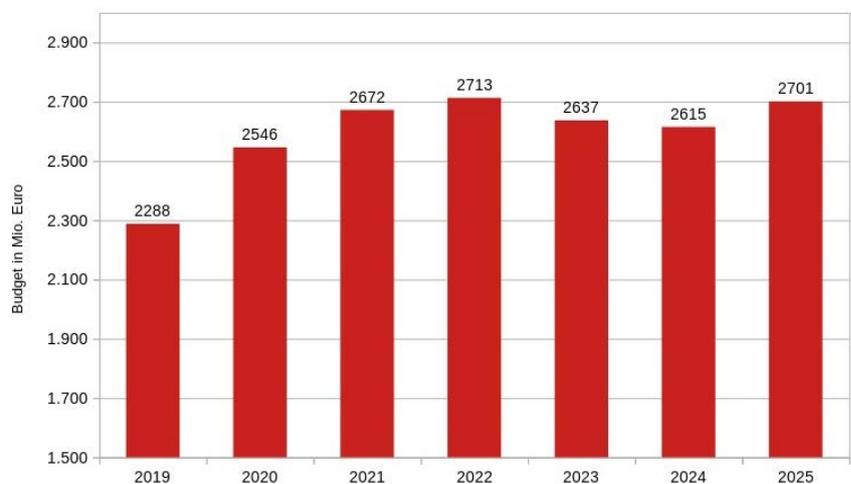
von einem Ende des Investitionsstaus oder von einer positiven Zukunft leider nicht einmal ansatzweise gesprochen werden.

**Conclusio**

Mit der Beantwortung dieser vier Fragen ist es offensichtlich, dass die positive Darstellung des Budgets durch die Frau Bundesminister in ihrer Budget-

trede einer sachlichen Prüfung nicht standhält. Das Gegenteil ist der Fall. Auf das Bundesheer kommen finanziell herausfordernde Zeiten zu, die wir nur gemeinsam lösen können.

Eine offene Kommunikation mit den Mitarbeiter:innen und der Öffentlichkeit wäre der Sache angemessen. Potemkinsche Dörfer zu bauen hat noch nie Probleme gelöst.



> **Budget bis 2025 gemäß BFRG in absoluten Zahlen**



Interview mit Wehrsprecher Robert Laimer zur aktuellen Lage

## ICH FORDERE EIN BUDGET FÜRS HEER WIE UNTER KREISKY!

Seit knapp 2 Jahren ist der Abgeordnete zum Nationalrat Robert Laimer Wehrsprecher der SPÖ. In seine Zeit fallen die von ihm initiierte Petition „Rettet das Bundesheer“, die Ausarbeitung einer neuen Sicherheitsarchitektur mit einem gesamtstaatlichen Krisen- und Lagezentrum sowie der Einsatz für eine bessere Entlohnung und attraktivere berufliche Rahmenbedingungen für die Soldat:innen. FSG im Einsatz traf Robert Laimer zu einem Exklusiv-Interview im Parlament.

**FSG im Einsatz:** Sie haben vor kurzem im Nationalrat eine sehr eindrückliche Rede zum Landesverteidigungsbudget gehalten, die bei vielen Soldat:innen auf positive Resonanz gestoßen ist.

**Laimer:** Das ist richtig. Ich habe im Hohen Haus darauf hingewiesen, dass wir deutlich mehr Geld für die Landesverteidigung benötigen. Und das rasch. Wir müssen dem Österreichischen Bundesheer, wie zu Zeiten eines Bruno Kreisky, wieder mindestens 1% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zur Verfügung stellen – im Idealfall noch mehr. Daran führt kein Weg vorbei. Derzeit liegt das Budget bei nur 0,62% des BIP. 20 Jahre ÖVP-Finanzminister haben beim Bundesheer deutliche Spuren hinterlassen.

Das Bundesheer hat laut Verfassung eine Fülle an Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung und der Republik zu leisten. Dafür braucht es ein ausreichend dotiertes Budget, das in die militärische Infrastruktur, in die Modernisierung und in die Truppe fließen muss, zumal auch die Gefahren und Bedrohungen ständig steigen. Eine Show-Politik und ein Totsparen des Bundesheeres, wie es die ÖVP seit Jahren vorexerziert, wird uns nicht vor künftigen Krisen schützen.

**FSG im Einsatz:** Sie haben im Vorjahr die ÖVP heftig dafür kritisiert, dass Soldat:innen bei der Post zum „Packschupfen“ abkommandiert wurden. Und auch heuer musste das Bundesheer – auf Geheiß von Ministerin Tanner – Männer und Frauen fürs

„Einsackeln“ von Corona-Testkits abstellen. Was sagen Sie dazu?

**Laimer:** Die Redewendung „Aus Fehlern wird man klug“ scheint nicht auf jeden zuzutreffen. Es ist wirklich unerträglich, dass unsere Soldat:innen und Mitarbeiter:innen für Großkonzerne, die jedes Jahr Milliardenumsätze machen, als Leiharbeitskräfte erhalten müssen. Die Unternehmen sollten Verantwortung übernehmen und Leute für diese Tätigkeiten einstellen. Es gibt genug Arbeitssuchende, die gerne einen Job hätten. Hier aber lagern Milliardenunternehmen Bereiche an den öffentlichen Dienst aus, um einzusparen. Das ist Neoliberalismus mit türkischem Anstrich.

---

**Großkonzerne sollten Leute fürs „Einsackeln“ und „Packlschupfen“ einstellen! Hier lagern Milliardenunternehmen Bereiche an den öffentlichen Dienst aus, um einzusparen**

---

**FSG im Einsatz: Sie haben bereits die Show-Politik angesprochen. Gibt es konkrete Beispiele?**

**Laimer:** Ja, leider viele. Denken wir an die peinliche Blackout-Show im September in Tulln, die mit Musik und Aftershow-Party inszeniert wurde. Ein Strom- und Versorgungsausfall ist kein Rolling Stones-Konzert. Hier fehlt es auf Seiten der Verantwortlichen eindeutig an Ernsthaftigkeit, mit diesem Thema vernünftig umzugehen. Um die Bevölkerung auf ein Blackout vorzubereiten, braucht es sachliche Information, geeignete Strategie- und Präventionsmaßnahmen sowie Anreize zur Eigenvorsorge.

In meiner Heimatstadt St. Pölten haben wir mit Expert:innen eine Kampagne in Gang gesetzt und jedem Haushalt einen Leitfaden mit Checklisten bzw. Tipps für den Ernstfall geschickt. Darüber hinaus hat die Stadt die Notstromaggregate massiv ausgebaut und die Dieselpkapazitäten am Wirtschaftshof mittlerweile verdreifacht. Das ist für mich verantwortungsbewusstes Handeln in der Praxis.

Eine weitere Show-Einlage lieferte Ministerin Tanner beim Brandinferno im Rax-Waldgebiet. Am 25. Oktober waren österreichische Einsatzkräfte, unter anderem mit einem Black-Hawk-Hubschrauber des Bundesheeres, damit beschäftigt, einen Brand nahe Hirschwang unter Kontrolle zu bringen. Schon damals zeichnete sich ab, dass sich der Waldbrand flächenmäßig ausweiten könnte.

Einen Tag später, am 26. Oktober, begeht die Republik ihren Nationalfeiertag. Und während im Wald die Feuer toben, schwingt sich die ÖVP-Verteidigungsministerin am Wiener Heldenplatz zur Behauptung auf, dass die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU nicht funktioniere. Zur selben Zeit steht neben ihr – am Boden – ein Black-Hawk, der jedoch dringend bei der Brandbekämpfung benötigt wird. Doch anstatt den Hubschrauber den Einsatzkräften zur Verfügung zu stellen, wird dieser zu persönlichen Show-Zwecken in der Inneren Stadt abgestellt.

**FSG im Einsatz: Was halten Sie von der Aussage, dass der Investitionstau und die Modernisierung der Hubschrauberflotte von roten Ex-Ministern verursacht wurde?**

**Laimer:** Nix, weil es einfach nicht der Wahrheit entspricht. Hier wurde ein Twitter-affiner Sprecher von Ministerin Tanner vorgeschickt, um die Unwahrheit unters Volk zu bringen. Fakt ist, dass die Modernisierung der Black Hawks bereits unter dem ehemaligen Verteidigungsminister Gerald Klug 2014 im Zuge des Reformprogramms „ÖBH2018“ ausverhandelt und auf Schiene gebracht wurde. Und SPÖ-Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil war jener Verantwortungsträger, der 2017 den Vertrag für das „Midlife-Update“ der Black-Hawk-Hubschrauber unterzeichnet hat.

Also keine Spur davon, dass die SPÖ die Modernisierung verschleppt hat. Dies ist nachweislich eine Falschbehauptung.

Aber bleiben wir gleich bei den Hubschraubern. Die Finanzierung der Nachbeschaffung von Hubschraubern als Ersatz für die Allouette wurde durch Verteidigungsminister Klug im Rahmen von „ÖBH2018“ mit Finanzminister Schelling erfolgreich verhandelt. Die erste Zahlungsrate war für das Jahr 2019

---

**Geld für Allouette-Ersatz vorhanden – FBM Tanner hat bis heute keinen Vertragsabschluss geschafft!**

---

geplant. Und wie ist der aktuelle Stand? ÖVP-Ministerin Tanner hat es bis jetzt nicht geschafft, einen Vertragsabschluss in die Wege zu leiten. Und so gibt es für die aussortierten Hubschrauber keinen Ersatz. Das ist leider die traurige Wahrheit.

**FSG im Einsatz: Zum Schluss des Interviews noch eine Frage: Welches Vorhaben wollen Sie 2022 in Angriff nehmen?**

**Laimer:** Die Österreichische Sicherheitsstrategie wurde vor 10 Jahren entworfen und 2013 präsentiert. Die globale Gefährdungslage und die Bedrohungsbilder haben sich jedoch zum Teil drastisch verändert. Daher ist es unbedingt notwendig, die Österreichische Sicherheitsstrategie auf den neuesten Stand zu bringen. Zudem werde ich mich verstärkt dafür einsetzen, dass die umfassende Landesverteidigung wieder mehr in die Köpfe der Bevölkerung rückt. Mit diesem vorausschauenden Ansatz waren wir anno dazumal Vorreiter in Europa. Dort müssen wir wieder hin.

## Die Österreichische Chargengesellschaft

# SPRACHROHR FÜR MEHR ALS 21.000 SOLDATINNEN UND SOLDATEN



Im April 2019 gründete sich ein neuer überparteilicher Verein im Herzen unseres Bundesheeres: Eine Vertretung der Soldatinnen und Soldaten des Mannschaftsstandes. Als Ergänzung zur Unteroffiziersgesellschaft und Offiziersgesellschaft hat sich nun auch die Österreichische Chargengesellschaft (ÖChG) mittlerweile als Vertreter vieler Angehöriger des Präsenz- als auch des Milizstandes etabliert.

Die wichtigsten Ziele derzeit sind, die Ausbildung der Chargen zu evaluieren, ein Sprachrohr für Anliegen und Vorschläge von Seiten der Chargen zu bieten und durch kameradschaftliche Veranstaltungen die Kommunikation österreichweit und europaweit zu fördern. „Mehr als 21.000 Soldaten des Österreichischen Bundesheeres haben einen Chargen- bzw. Rekrutendienstgrad, somit ist dies die größte Personengruppe, um deren Anliegen wir uns kümmern wollen. So wie die Unteroffiziere und Offiziere der Kopf der Armee sind, sind wir der Körper, auf dem alles aufgebaut ist“, definiert die ÖChG sich selbst.

Ein vordergründiges Kernthema für die Österreichische Chargengesellschaft

ist es, einerseits parallel zum aktuellen Ausbildungssystem ein Vorankommen zum Unteroffizier oder Offizier für Berufstätige wieder zu ermöglichen, andererseits sowohl als Informations- als auch Diskussionsplattform zu dienen.

Eine Besonderheit der Chargen ist die kostenlose Mitgliedschaft für alle!



> Bischofsvikar Oberst MMag Dr. Alexander Wessely und der Präsident Zgf Erhard Vrana bei der Fahnenweihe der Chargen, Oktober 2021

Hierdurch möchten sie alle Dienstgrade kameradschaftlich zusammenbringen, denn wir alle sind bzw. waren einmal Chargen.

Weitere Informationen unter [www.chargengesellschaft.at](http://www.chargengesellschaft.at)



## LOHN, WEM LOHN GEBÜHRT!

Seit 2017 werden Kurse der Kaderausbildung 2 und 3 auf die Truppe ausgelagert. Die vor Ort befindlichen Einheiten werden als kursdurchführende Stellen eingeteilt und das „hauseigene“ Kaderpersonal dabei als HLUO bzw. LUO herangezogen. Diese Ausbilder erhalten aber seit 2017 – bis auf eine einmalige Belohnung - keine finanzielle Anerkennung für diese anspruchsvolle Tätigkeit.

Wir fordern daher weiterhin eine Verwendungsabteilung für die Ausbilder an der KAB 2 und 3, analog zum LUO für den GrpKdten die Funktionsgruppe 3 und für den ZgKdten, gleich dem HLUO, die Funktionsgruppe 5.

**Frei nach dem Motto**

**Ehre, wem Ehre gebührt – Lohn, wem Lohn gebührt!**

## Faktencheck

# GWD-MODELL „6+3“ UND MILIZ – EIN ERFOLGSMODELL?

Im Jahr 2020 wurde mit dem Maßnahmenpaket „Mein Dienst für Österreich“ das Modell „6+3“ vorgestellt. Damit können Grundwehrdiener ihren Grundwehrdienst um zumindest 3 Monate verlängern, ohne damit weitere Verpflichtungen eingehen zu müssen. Grundsätzlich ist es die Absicht, die Ausbildung unserer jungen Staatsbürger im Rahmen einer BA2 und BA3 wieder zu vertiefen und damit auch attraktiver zu gestalten, sehr zu begrüßen.

Im täglichen Dienstbetrieb ergeben sich in der Praxis jedoch immer wieder kurzfristige Personaländerungen, welche sich vor allem auf die „Einsatz-Diensträder“ auf Zugesebene negativ auswirken.

Durch vorzeitige Entlassungen, kurzfristig einberufene Funktionsdienste und „teilweise“ mangelhafter Einsatzvorbereitung, sind in der Einheit Personalverschiebungen unausweichlich und einer Kontinuität des Dienstbetriebes Grenzen gesetzt.

### Ist dieses Modell nun ein Erfolgsmodell?

Es wäre ein Erfolgsmodell, wenn uns nicht die permanente Forderung der Politik, nach noch mehr Soldat:innen im Assistenzeinsatz, treffen würde.

Eine Erhöhung der eingesetzten Soldat:innen sorgt dafür, dass es nun

wieder zu einer Vermischung von Grundwehrdienern und Funktionsdiensten im Einsatz kommt.

Daraus folgt, dass es für die gleiche Leistung zu einem eklatanten Verdienstunterschied zwischen den „Rekruten“ kommt. Dies mag noch aufgrund der notwendigen Einsatzanforderungen in Kauf genommen werden. Aber der Verlust der Ausbildung in der BA2 und BA3 bewirkt eine massive Verschlechterung der militärischen Fähigkeiten (= keine Feldverwendungsfähigkeit) in vielen Funktionen der Miliz.

Eine Ausbildung zum Erreichen von notwendigen militärischen Fähigkeiten im Grundwehrdienst und somit für die

Verwendung in der Miliz, ist aus meiner Sicht bei Weiterführung der personalintensiven Assistenzen, nicht mehr gegeben.

Ein entscheidender Nachteil ist der Verlust der „Führungsfähigkeit“ unseres Kadres vor allem auf Grp bis Zg Ebene. (Führen im AssE ist ein Teil von Führungsaufgaben, aber kein Ersatz für das Führen im Gefecht).

Die Motivation nach dem GWD ohne BA2/3 das GWD Modell 6+3, Milizsoldat oder Kadresoldat zu werden, wird wahrscheinlich geringer werden.



**„Unseren Soldat:innen und Bediensteten gebührt in den Assistenzeinsätzen und Unterstützungsleistungen, wo sie exzellente Arbeit verrichten, mehr als ein herzliches „Vergel's Gott“;**

**Obst RALF BAIL**  
Personalvertreter in Vorarlberg.

## Auf eine Blick GWD Modell 6+3

### Wer kann sich überhaupt für diesen Funktionsdienst melden:

- Grundwehrdiener, die sich auch zur vorbereitenden Kaderausbildung (VbK) gemeldet haben.
- Grundwehrdiener, die sich freiwillig zu Milizübungen (FMzMÜ) gemeldet haben.
- Unbefristet beordnete Milizsoldaten, Frauen in Milizverwendung
- Grundwehrdiener, die sich weder freiwillig zur VbK noch freiwillig zu Milizübungen gemeldet haben. → Voraussetzung militärischer Bedarf!

### Welche Rahmenbedingungen sind vorgegeben:

- FD sihpolAssE unmittelbar nach dem GWD 3 Monate Einsatz → keine fMzMÜ erforderlich
- Verlängerung bis zu 3 Monate möglich
- MÜ-Verpflichtung nur, wenn eine fMzMÜ abgegeben wurde
- Milizsoldaten, welche nach 6+6 Monaten erneut im sihpolAssE Migration/hsF eingesetzt werden wollen, müssen eine fMzMÜ abgeben
- Für Milizsoldaten unbefristete Beorderung (Übungsverpflichtung) in der Einsatzorganisation

### Einsatzdauer

- Grundsätzlich 3 Monate, mind. Aber 1 Monat
- Max. 6 M durchgehend und 16 M in 2 Kalenderjahren

### Zurückziehung der freiwilligen Meldung

- Nach Zustellung des Einberufungsbefehles kann der Wehrpflichtige bis spätestens einen Tag vor Antritt des Funktionsdienstes die freiwillige Meldung bei der zuständigen Militärbehörde zurückziehen.

### Antrag auf Befreiung vom Funktionsdienst

- Nach Antritt des FD ist eine vorzeitige Entlassung aus dem Präsenzdienst nur bei Vorliegen von besonders rücksichtswürdigen wirtschaftlichen oder familiären Interessen, die unmittelbar in der Person des Soldaten gelegen sind, gemäß § 26 Abs. 1 Z 2 WG 2001, Gegenstand eines Antragsverfahrens hinsichtlich der Befreiung von der Verpflichtung zur Leistung des Präsenzdienstes

## Interview

# 2025 ALLE KASERNEN AUTARK – ERNSTHAFT ODER DOCH NUR ÜBERSCHRIFT?

Das Bundesheer will in den nächsten vier Jahren alle seine Kasernen autark machen. Dafür plant FBM Tanner 90 Mio. Euro Budget. Ob dieses hoch gesteckte Ziel erreichbar erscheint oder doch wieder nur eine schöne Schlagzeile ist, hinterfragt die Redaktion der FSG im Einsatz und trifft dazu den RgR ADir Erich Kogler vom Militärischen Service Zentrum, um Antworten zu diesem aktuellen Thema zu finden.

**FSG im Einsatz:** Wie siehst du als Techniker bei einem „Militärischen Service Zentrum“ und als Personalvertreter die aktuellen Ankündigungen bezüglich Autarkie im ÖBH?

**Kogler:** Grundsätzlich positiv, dies ist jetzt eine 180-Grad-Wende zu früheren Überlegungen, wie z.B. eigene Tankstellen zu schließen und öffentlich zu tanken, Feldküchen auszusondern, Verpflegung über Zentralküchen liefern, Fahrzeuge leasen und in privaten Werkstätten reparieren lassen etc. etc.

**FSG im Einsatz:** Wie stellt man sich eine Autarkie in ÖBH vor?

**Kogler:** Nach meinen derzeitigen Informationen ist die Vorgabe für eine Autarkie in den Kasernen eine Durchhaltefähigkeit von 14 Tagen. Bei einem „Blackout“, also einem Stromausfall für mehrere Tage, sollte die Strom-, Wasser-, Wärme- und Verpflegungsversorgung für 14 Tage sichergestellt werden. Die mengenmäßig benötigten Essensportionen müssten für diese Zeitdauer bevorratet werden. Dafür werden ausreichende Kühlanlagen benötigt und eine eigenständige Stromversorgung. Auch die Feldküchen könnten wieder aktiviert werden. Für die Wasserversorgung sind wir von den Gemeinden oder den Wasserversorgungsunternehmen

abhängig, ob diese ihre Druckpumpen selbst mit Notstrom betreiben können oder der Druck vom Wasserbassin reicht, um die Kasernen mit Wasser zu versorgen.

**FSG im Einsatz:** Die Blackout-Gefahr steigt ja in kalten Monaten exorbitant, da gerade in dieser Zeit das Stromnetz Europas extrem belastet wird. Wie sieht es in den kalten Monaten mit der Beheizung der Liegenschaften aus?

**Kogler:** Bei der Wärmeversorgung existieren meistens verschiedene Heizsysteme. Eigene Anlagen, die mit Hackschnitzel, Öl oder Strom versorgt werden, sollten kein Problem darstellen. Bei Gas- oder Fernwärmebetreibern müsste für so ein Szenarium das ÖBH eigene Verträge zur garantierten Wärmeversorgung mit den Lieferanten abschließen, kostet natürlich extra.

**FSG im Einsatz:** Gibt es die Möglichkeit, eine komplette Kaserne mit einem Notstromaggregat zu versorgen?

**Kogler:** In der Theorie ist vieles möglich. Bei einer kleinen bis mittleren Kaserne rechnet man mit einem Strombedarf von rund 800 KW. Dies wäre mit 2 bis 3 Aggregaten, je nach Lastaufkommen, zu bewerkstelligen. Dazu müssten die

Stromabgänge im zentralen Trafohaus (Versorgung der gesamten Kaserne) zu den einzelnen Objekten auf steuerbare Leistungsschalter umgerüstet werden, um nicht die Aggregate beim Start zu überlasten.

Da sich über die letzten Jahrzehnte die Infrastruktur in den Liegenschaften ständig erweitert hat und sich auch

---

*Es ist nicht möglich, Aggregate „einfach so“ ans Stromnetz anzuschließen. Es müssen normgerechte Elektroleitungen zu sämtlichen Objekten verlegt werden.*

---

die jeweiligen Normen, speziell in der Elektrotechnik, immer wieder geändert haben, ist es unter Einhaltung der aktuellen Normen nicht möglich, die Aggregate einfach so an das bestehende Stromversorgungsnetz (Energiekabel) der Kaserne anzuschließen.

Daher müssen von der Trafostation zu sämtlichen Objekten neue und normgerechte Elektroleitungen verlegt



Foto: FSG im Einsatz

**> Notstromaggregate und ihren Steueranlagen sind komplexe Anlagen, die regelmäßig probetrieben und gewartet werden müssen. Einfach so kann das ein Mitarbeiter neben seiner Arbeit nicht machen. 2 bis 3 Aggregate wären für eine kleine bis mittlere Kaserne notwendig.**

und in den Hausverteilern angeschlossen werden. Das führt zu immensen Grabungstätigkeiten in den Kasernen, wobei erfahrungsgemäß bei so einem umfangreichem Bau- und Grabungsaufkommen die Gefahr sehr groß ist, diverse Einbauten, wie Fernmelde-, Stromkabel, Wasser- oder Gasleitungen, usw. zu beschädigen und womöglich dann selbst ein „Blackout“ zu verursachen.

**FSG im Einsatz:** Falls technisch alles wunschgemäß umgesetzt wurde, läuft dann alles automatisch?

**Kogler:** Genauso stellen sich das viele Entscheidungsträger vor. Doch solche Aggregate mit ihren komplexen Steuerungen müssen regelmäßig gewartet und probetrieben werden. Auch das Stromausfallszenario muss des Öfteren simuliert werden, um im Ernstfall auch zu funktionieren.

Um einen sicheren und im Anlassfall garantierten Netzersatzbetrieb zu gewährleisten, hilft es nicht, wenn ein Mitarbeiter einmal eingeschult wurde

und dann neben seinen eigentlichen Tätigkeiten für diese Anlage verantwortlich gemacht wird. Denn ein „Blackout“ kommt nicht nach Terminvereinbarung zwischen 08:00 und 16:00 Uhr und überprüft auch nicht vorher, ob der Kollege im Urlaub oder krank ist. So ein künftiges Betriebspersonal müsste meiner Ansicht nach schon bereits während

der Bauphase mit den Herstellerfirmen mitwirken können, um sich danach mit der errichteten Anlage voll identifizieren zu können und dann diese mit viel Herzblut betreiben.

**FSG im Einsatz:** Erich, ihr habt ja in jeder Liegen-

**schaft Personal, oder?**

**Kogler:** Ja, es wird aber qualifiziertes Personal benötigt, welches in den letzten Jahren durch Pensionsabgänge und lange Nichtnachbesetzungen zur Mangelware geworden ist. Leider müssen wir jetzt auch sehr oft bei ausgeschriebenen Arbeitsplätzen zur Kenntnis nehmen, dass unsere, vom Bund bezahlten Ein-

stiegsgehälter, für Fachpersonal nicht reichen, um solches zu kriegen. Natürlich kann man per Weisung einem, im Durchschnitt über 57 Jahre alten, Gebäudeaufseher zusätzlich zu seinen übrigen Aufgaben mit dem Betrieb einer so komplexen Netzersatzanlage beauftragen und hoffen, dass er sie nie im Notfall aktivieren muss!



*„Als Personalvertreter appelliere ich an die Auftraggeber, bitte überprüfen sie bei so teuren und technisch hochentwickelten Anlagen vorher, ob das für den Betrieb benötigte Personal auch zur Verfügung steht!“*

**RgR ADir ERICH KOGLER**

**30 Jahre im Servicezentrum als Techniker tätig**  
**25 Jahre Personalvertreter im Fachbereich MIMZ**

**HLogZ Wien****NOTWENDIGE SANIERUNG ENDLICH UMSETZEN!**

So wie in vielen Liegenschaften des Bundesheeres werden auch im HLogZ Wien (Arsenal) dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen aufgeschoben oder erst gar nicht angepackt. Ob es veraltete Sanitäranlagen, Schimmelbefall in den Duschräumen, Schlaglöcher in Lagerbereich sind oder ein einbruchgefährdeter Parkplatz, der notdürftig mit Absperrbändern gesperrt wurde, an allen Ecken und Enden schreit es nach Sanierung. Der Dienststellenausschuss im Arsenal forderte in einer Anregung entsprechende Verbesserungen für unsere Kolleg:innen. Diese hatte Erfolg und es wurde zu mindest in einem Bereich einer WC-Anlage mit den Sanierungsarbeiten begonnen. Leider wurden auch dort die Bautätigkeiten



wieder eingestellt. So müssen zum Beispiel die Kolleg:innen noch immer weite Strecken über freies Gelände marschieren, um eine sanitäre Anlage aufsuchen zu können.

**Die FSG fordert die rasche Sanierung der sanitären Anlagen und anderer wichtiger Bereiche, auch um die Sicherheit am Arbeit für unsere Kolleg:innen zu erhöhen.**

> Sanitäre Anlagen mit Schimmelbefall und deutlichen Wasserflecken müssen zeitnah saniert werden.

> Überall am Gelände sind Schlaglöcher, oder nicht beendete Sanierungsarbeiten – gerade für Staplerfahrer sind diese sehr gefährlich

**VÖS**  
SEIT 1966

Bessere Antworten Wie Alles Geht.

Unser Angebot für den Kredit Ihrer alten Bank:  
**Kredit tauschen und weniger zahlen!**

Oder 100 Euro geschenkt

**BAWAG P.S.K.**

Nähere Informationen bei Ihrem Betriebsrat/Personalvertreter oder bei Ihren BAWAG P.S.K. Finanzierungs-Experten.

[bawagpsk.com](http://bawagpsk.com)

Neukundenaktion für Konsumkredite oder Wohnbaukredite bei vollständig grundbücherlicher Besicherung des Kredites, positive Bonitätsprüfung vorausgesetzt. Stand: 1. Juli 2020, Änderungen vorbehalten.

## Pensionierung

# DANKE, LIEBER ERWIN!

Mit Erwin Ettenauer tritt einer der ganz Großen unserer Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen in seinen wohlverdienten Ruhestand über. Eingerückt April 1979 in der 4./ LWSR 33, übernahm er als Unteroffizier rasch Verantwortung und machte sich mit viel Engagement für die Interessen und Bedürfnisse seiner Kamerad:innen und Kolleg:innen stark. Mehr als 30 Jahre lang stand der Vizeleutnant dem Dienststellenausschuss in Mautern vor und war so Schutz-

schild für seine Kamerad:innen und Kolleg:innen. Kein Anliegen war ihm zu klein - kein Projekt, Stichwort Überbauten der Kdo-Gebäude, zu groß. Mit Geschick, aber auch der nötigen Härte in Verhandlungen und viel Gespür für die Anliegen der Kamerad:innen trug er wesentlich zum Erfolg der FSG in der Julius-Raab-Kaserne bei.

**Lieber Erwin, Dankeschön für Deinen Einsatz!**



> v.li.: vorne: **OStWm Ernst Steinkellner (FSG Mautern)**, **HR Harald Schifferl (Vorsitzender FSG im Bundesheer)**, **Vzlt Erwin Ettenauer**, **NR Robert Laimer (Wehrsprecher SPÖ)**, **Vzlt Jürgen Kluwick (FSG Mautern)**, hinten: **Vzlt Herbert Fallmann (Vorsitzender FSG NÖ)**, **Vzlt Martin Brandl (FSG NÖ)** und **Vzlt Christian Hinterndorfer (FSG MELK)**



> Einmal Personalvertreter, immer Personalvertreter. So nutzte Erwin Ettenauer diese Gelegenheit, dem Wehrsprecher Robert Laimer seine Nachfolger, **Vzlt Kluwick Jürgen** und **OStWm Steininger Ernst**, vorzustellen. v.li.: vorne **Vzlt Erwin Ettenauer** und **Wehrsprecher Robert Laimer**, hinten **Vzlt Martin Brandl**, **OStWm Erwin Steinkellner**, **Vzlt Jürgen Kluwick** und **Vzlt Christian Hinterndorfer**.

## Ein starkes Team für Mautern

# EIN STARKES TEAM FÜR MAUTERN

Mit Vzlt Jürgen Kluwick und OStWm Erwin Steinkellner tritt ein starkes DUO an die Spitze der Mauterner FSG. Die erfahrenen Personalvertreter werden gemeinsam zum Wohle ihrer Kamerad:innen und Kolleg:innen im Einsatz sein. Ihr Motto: „Zum Wohle für unser wichtigstes Gut – den Bediensteten, Soldaten und Menschen! Wir für uns!“



> v.li.: **Vzlt Kluwick Jürgen**, **KdoGrpKdt** in der **FüUKp/StbB3**, ist seit Jahren im Dienststellenausschuss als **Schrittführer-Stellvertreter** tätig. **OStWm Steinkellner Ernst**, **Labortechniker** bei der **ABCAbwKp/StbB3**, hat neben seiner Tätigkeit im Dienststellenausschuss 2020 auch den **Vorsitz des GBA Mautern** übernommen.



Deutsche  
Vermögensberatung

*Früher an Später denken.*

# Ihr Partner für Sicherheit!

Sie schätzen fachkundige Beratung mit gutem Service?  
In Ihrer Nähe und mit flexiblen Geschäftszeiten? Mit mir  
haben Sie einen verlässlichen Partner an Ihrer Seite.  
Fragen Sie nach Service, der Ihre Wünsche erfüllt.

Agentur für Deutsche Vermögensberatung Bank AG

**Thomas Bucher**

Versicherungsagent

Telefon 0650 691 36 06

[www.dvag.at/Thomas.Bucher](http://www.dvag.at/Thomas.Bucher)

Versicherungsagent im Auftrag der Deutschen Vermögensberatung Bank AG für die Generali Versicherung AG: GISA-Zahl 30491885

